

«Das Steuerabkommen ist völlig veraltet»

BERN. Lange schien Italiens politische Elite nicht am Kampf gegen die Steuerflucht in die Schweiz interessiert zu sein. Jetzt aber gibt es handfeste Gründe dafür, sagt der Wirtschaftsrechtler Peter V. Kunz von der Uni Bern. Aber auch der Schweiz käme ein Vertrag gelegen.

INTERVIEW: PETER GRANWEHR

Wie wichtig ist es für die Schweiz, zu einer «Lösung der offenen Finanz- und Steuerfragen» mit Italien zu kommen?

Peter V. Kunz: Italiens Bedeutung sollte nicht überschätzt werden; für die Schweiz als Ganzes stehen saubere Regeln mit Deutschland und den USA im Vordergrund. Aber für den Finanzplatz Tessin wäre eine Einigung mit Italien sehr wichtig. Nicht nur eine Regelung über die Steuerflucht, sondern auch eine neue über die Besteuerung der Grenzgänger.

Worin bestehen die zentralen Knackpunkte?

Da sind zunächst die atmosphärischen Probleme, die sich aufgestaut haben: In der Schweiz herrscht der Eindruck vor, dass Italien die staatliche Souveränität nicht respektierte. Kameras an der Grenze, die ausreisende Italiener erfassen, stehen sinnbildlich dafür. Materiell gibt es in umgekehrter Richtung ein Problem: Italiener sind nach den Deutschen die zweitgrösste Gruppe von Steuerflüchtlingen. Da ist es nachvollziehbar, dass man in Rom düpiert ist.

Allerdings war Italien bisher nicht sonderlich an Amts- und Rechtshilfe gemäss OECD-Standard interessiert. Tickt dieses Land anders?

In der Tat: Viele Leute sind überrascht, dass das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz völlig veraltet ist. Das nährt den Verdacht, dass die offizielle Politik an der Verfolgung der Steuerflucht nicht interessiert sei. Das wiederum deckt sich mit Gerüchten und Spekulationen, wonach viele italienische Politiker und hohe Beamte auch zu den Steuerflüchtlingen gehören. Jetzt aber dürften der grosse Finanzbe-

darf angesichts der Schuldenkrise und eine neue Regierung die zentralen Gründe für die neue Haltung sein.

Haben die Amnestien unter Berlusconi die Menge der italienischen Flüchtlinge in der Schweiz nicht vermindert?

Ich vermute, dass dadurch nicht wahn-sinnig viel Geld abgezogen worden ist. Anders als im Fall Deutschland, wo Vermögen oftmals schon seit Generationen hier lagern, sind italienische



«Eine Einigung mit Italien wäre vor allem für das Tessin sehr wichtig»

Peter V. Kunz, Uni Bern

Gelder, hinterzogen durch Schwarzarbeit, eher kurzfristig auf Schweizer Banken platziert. Natürlich floss ein Teil zurück, aber der Mechanismus, der Geld in die Schweiz fliessen lässt, existiert weiterhin.

Warum soll es weiterhin in die Schweiz statt in andere «Steuerparadiese» fliesen?

Weil die direkte Verfügung über das Geld viel einfacher ist, als wenn es in Singapur oder auf den Cayman Islands versteckt wäre. Und in der Schweiz ist es ebenso gut geschützt vor dem kurzfristigen Zugriff des italienischen Fiskus infolge neuer Steuergesetze.

Die Schweiz erhofft sich von Steuerabkommen mit anderen Ländern einen besseren Marktzutritt für ihre Banken und Versicherungen. Wieso ist dieser ungenügend?

Im EU-Raum fehlt dieser Zutritt, weil es unter den bilateralen Verträgen kein Dienstleistungsabkommen mit der EU gibt, wie dies im EWR der Fall ist. Dadurch sind die Expansionsmöglichkeiten der Schweizer Finanzindustrie erheblich beschränkt.

Wie gewichtig ist dieser Nachteil für die Schweizer Volkswirtschaft?

Der Marktzutritt im EU-Raum wird immer wichtiger für unsere Banken und Versicherungen, weil diese durch die Änderungen bzw. Abschwächung des Bankgeheimnisses immer mehr unter Druck geraten. Die dadurch erzwungene Konsolidierung im Inland lässt sich nur durch neue Perspektiven im EU-Raum kompensieren.

Ein spezieller Aspekt des «Problems Italien» ist die Existenz Schwarzer Listen, auf denen die Schweiz figuriert. Was weiss man konkret darüber?

Es geht nach meinem Wissensstand hier nicht um offizielle Schwarze Listen, sondern um solche informeller Art mit der Folge, dass die relativ wenigen Schweizer Firmen, die in Italien tätig sein wollen, benachteiligt werden. Das Hauptproblem der Schweiz in dieser Hinsicht ist aber ein anderes: Es ist der grosse Einfluss, den Italien innerhalb der OECD ausübt. Denn die Listen, die dort geführt werden, sind für die Schweiz eminent wichtig.

Was könnte eine Einigung mit Italien bewirken hinsichtlich der Etablierung der Abgeltungssteuer?

Wichtig ist hier zunächst, dass das Abkommen mit Deutschland rechtskräftig wird. Wenn dann neben Britannien und Österreich auch noch Italien hinzustösst, könnte sich das Konzept der Abgeltungssteuer in Europa wohl als valable Alternative zum automatischen Informationsaustausch etablieren. Erst recht, wenn es gelänge, auch mit Ländern des einstigen Ostblocks, Asiens – etwa Indien – und Lateinamerikas zu Vertragsabschlüssen zu kommen.



Unter Silvio Berlusconi und Umberto Bossi war Steuerflucht kaum ein Thema. Bild: key

IN KÜRZE

Gewinnsprung bei Zurich

ZÜRICH. Beim Sach- und Lebensversicherer Zurich Insurance Group ist im ersten Quartal 2012 die Schadenbelastung nicht nennenswert ins Gewicht gefallen. Im Vorjahr hatten insbesondere die Erdbeben in Japan und Neuseeland der Zurich noch hohe Schadenlasten aufgebürdet. Zwischen Januar und März 2012 stieg der Gewinn deshalb um 78 Prozent auf 1,14 Milliarden Dollar. Das Geschäftsvolumen nahm um 10 Prozent auf 19,63 Milliarden zu.

Gategroup erleidet Verlust

ZÜRICH. Das Catering-Unternehmen Gategroup hat im ersten Quartal dank mehr Flugpassagieren zwar den Umsatz um 2,9 Prozent auf 656,7 Millionen Franken gesteigert. Doch wegen einmaliger Kosten für die Refinanzierung, wegen des Wechselkurses und Steuern blieb unter dem Strich ein Quartalsverlust von 14,8 Millionen Franken. Im Vorjahresquartal betrug der Verlust 6,2 Millionen. Es ist das erste Mal seit dem Börsengang 2009, dass die Gategroup ein Quartalsergebnis ausweist. (sda)

Spaniens Banken in grosser Not

MADRID. Im Kampf gegen die Schuldenkrise hat Spanien die viertgrösste Bank des Landes verstaatlicht. Die Regierung zog in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Notbremse.

RALPH SCHULZE

Die spanischen Banken haben noch immer Mühe, die milliardenschweren Verluste nach dem Immobiliencrash von 2008 zu verkraften. Alleine bei Bankia, die erst vor zwei Jahren auf staatlichen Druck hin aus der Fusion schwächelnder Sparkassen heraus entstanden ist, liegen faule Immobilienwerte in Höhe von 32 Milliarden Euro. Als die Lage Anfang der Woche brenzlig wurde, nötigte die Bankenaufsicht den bisherigen Bankia-Chef zum Abtritt. Sein Nachfolger rief dann wegen Zahlungsproblemen gleich den Staat um Hilfe, der nun als Grossaktionär die Kontrolle über-

nimmt. Der Eingriff erfolgt über die komplette Verstaatlichung der Muttergesellschaft BFA, welche an Bankia mehr als 45 Prozent hält. In der heutigen Krisensitzung der Regierung soll die Sanierung von Bankia abgesegnet werden. Dazu gehört, dass ein staatlicher Kredit in Höhe von 4,5 Milliarden Euro in Aktien umgewandelt wird. Und offenbar auch, dass Bankia mit weiteren Milliarden aus der Schieflage geholt wird. «Die Regierung wird das Kapital zerschliessen, das notwendig ist», erklärte das Wirtschaftsministerium.

Faule Papiere in Milliardenhöhe

Zudem will das Kabinett einen Rettungsplan für die gesamte Branche verabschieden, in der noch weitere Geldhäuser ums Überleben kämpfen. Die Banken sollen zu weiteren Rücklagen von insgesamt rund 40 Milliarden Euro verpflichtet werden. Im Februar mussten die Institute bereits 50 Milliarden zurücklegen, um sich für Verluste zu wappnen. Zudem soll die Gründung von

«Bad Banks» vorangetrieben werden, um die Bücher der Banken von belastenden Immobilieninvestitionen zu säubern. Nach Berechnungen der Nationalbank verstecken Spaniens Geldinstitute faule Immobilienwerte in Höhe von mindestens 184 Milliarden Euro in den Bilanzen. Explosive Altlasten, wie etwa Hypotheken, welche nach der Pleitewelle von Baufirmen und Privathaushalten abgeschrieben werden müssen. Und Grundstücke, Wohnungen sowie Häuser, deren Wert in den Keller rutschte.

In der spanischen Bevölkerung, die in der Krise unter harten Sparmassnahmen leidet, kommen die Milliardenhilfen für die Banken nicht gut an. Spaniens junge Protestbewegung der «Empörten» will am Wochenende unter dem Motto «Nicht ein Euro für den Betrug der Banken» auf die Strasse gehen. In Europa wächst derweil die Furcht, dass die Bankenkrise Spaniens Schuldenprobleme verschärfen und das Land der nächste Kandidat für den Euro-Rettungsschirm sein könnte.

Migros übernimmt Cash + Carry

ZÜRICH. Die Migros baut ihre Grosshandelsparke deutlich aus: Der orange Riese übernimmt die Mehrheit an Cash + Carry Anghern (CCA). Die Beteiligung werde per Juli von 30 auf 80 Prozent erhöht, teilte die Migros gestern mit. Die restlichen 20 Prozent der im Abholgrosshandel tätigen CCA blieben im Besitz der Familie Anghern. Über den Kaufpreis sei Stillschweigen vereinbart worden, sagte eine Migros-Sprecherin. Für die rund 400 Mitarbeitenden werde es keine Änderungen geben. Es sei auch kein Stellenabbau geplant.

Die von den Gebrüdern Martin und Thomas Anghern in fünfter Generation geführte CCA betreibt neun Grosshandelsmärkte in der Deutschschweiz für das Gastgewerbe, Spitäler, Heime, Betriebsverpflegung sowie Dorf- und Quartierläden. Seit Längerem arbeiten die Migros-Grosshandels-tochter Scana und CCA zusammen. CCA erzielte im Jahr 2011 einen Umsatz von 340 Millionen Franken. Scana setzte 260 Millionen Franken um. (sda)

ANZEIGE

CLIMALUXE®

JETZT NEU
Wohlig angenehmes Bettklima

Das ClimaLuxe® Schlafsystem (Matratze, Einlegerahmen, Duvet und Kissen) fördert ein ausgeglichenes und angenehmes Bettklima und verhindert, dass Sie frieren oder schwitzen. Für wohlverdientes und erholsames Durchschlafen.

Jetzt profitieren vom ClimaLuxe® Wohlfühl-Bonus!

BICO Jubiläum
Jubiläum-Matratze 90/200 cm
statt 1450.- nur 1300.-

moebelmaerki.ch

möbel märki

Volketswil, beim Volkland/Satum, Tel. 043 399 39 00
Rickenbach b. Wil, beim Coop Center, Tel. 071 923 83 83